

Neue Literatur zur sowjetischen Deutschland-Politik während des Kalten Krieges

Gelesen und besprochen von Gerhard Wettig

- Heike AMOS, *Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit*, Berlin: Akademie Verlag 1999, 400 S., 78,- DM.
- Hubertus KNABE, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin: Propyläen Verlag 1999, 590 S., 49,90 DM.
- Hubertus KNABE (unter Mitarbeit von Bernd EISENFELD, Jochen HECHT, Hanna LABRENZ-WEISS, Andreas SCHMIDT, Birgit SÜNDHAM, Monika TANTZSCHER, Tobias WUNSCHIK und Herbert ZIEHM), *West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«*, Berlin: Ch. Links Verlag 1999, 598 S., 58,- DM.
- Thomas AUERBACH, *Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Ch. Links Verlag 1999, 188 S., 20,- DM.
- Michael PLOETZ, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall*, Berlin: Propyläen Verlag 2000, 465 S., 48,- DM.
- Christopher ANDREW/Vasili MITROKHIN, *The Mitrokhin Archive. The KGB in Europe and the West*, London: Penguin Press 1999, 996 S.; deutsch: *Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen*, Berlin: Propyläen Verlag 1999, 848 S., 58,- DM.

Mit der Gründung von Bundesrepublik und DDR im Herbst 1949 war das sowjetische Bemühen um einen gesamtdeutschen Staat gescheitert, dessen einheitsstiftendes Zentrum die kommunistische Partei sein sollte. In Stalins Sicht handelte es sich nur um einen zeitweiligen Rückschlag: Die »demokratische und friedliebende« DDR war für ihn der Grundstein eines künftigen »demokratischen und friedliebenden« Gesamtdeutschlands, das der »friedliebenden« UdSSR zur Seite trete und einen »Wendepunkt in der Geschichte Europas« herbeiführe.¹ Das war eine Erwartung, die noch durch die Wirklichkeit bestätigt werden musste. Nach amtlicher Lehre waren »gesetzmäßig« vorgezeichnete Entwicklungen durch intensive Anstrengungen zu unterstützen. Demgemäß hatte die Besatzungszentrale in Ost-Berlin zusammen mit dem Parteiapparat der SED schon im ersten Halbjahr 1949 organisatorische Voraus-

¹ Grußtelegramm Stalins anlässlich der Konstituierung der DDR, wiedergegeben in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion*, Bd. 1, [Ost-]Berlin 1957, S. 238 f.

setzungen für das Ausüben politischen Einflusses in der Bundesrepublik geschaffen. Als Leitstelle fungierte eine mit erheblichen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattete Westkommission. Sie hatte Vorlagen zur »Arbeit nach Westdeutschland« zu erarbeiten und folgte den Weisungen des SED-Politbüros, dessen auf den Westteil des Landes gerichtetes Vorgehen sich auch nach Konstituierung der DDR stets an den Vorstellungen des Kreml orientierte. Heike Amos untersucht diese Aktivitäten bis zur vollständigen Spaltung der Nation durch den Mauerbau.

In der ersten Phase, die bis zu Stalins Tod oder ein wenig darüber hinaus dauerte, ging es darum, das Ziel einer staatlichen Einheit in sowjetischem Sinne doch noch durchzusetzen und den durch die Existenz der Bundesrepublik vergrößerten Widerstand zu überwinden. Zwar war die Präsenz der Westmächte das entscheidende Hindernis, doch versprach man sich in Moskau und Ost-Berlin von einer Mobilisierung der westdeutschen »Massen« gegen Adenauer und einer gleichzeitigen Unterminierung seiner Machtstellung durch Spaltung der »bürgerlichen« Kräfte einen politischen Durchbruch, der auch die westlichen Positionen im Lande erschüttern würde. Die in rascher Folge initiierten Kampagnen dienten ebenso wie die 1950/51 zahlreich unterbreiteten Angebote des »Dialogs« und der »Verständigung« zwischen Vertretern beider deutscher Staaten allein diesem Zweck. Während diese Aktivitäten im vollen Licht der Öffentlichkeit standen (weil es der Kreml wesentlich auf Propaganda abgesehen hatte, um die »Adenauer-Politik« zu diskreditieren), blieb das Bemühen um Aufbau einer Oppositionsfront gegen den Bundeskanzler dem Publikum verborgen. Als entscheidendes Hindernis erwies sich die östliche Bedingung, die Gegner der Bonner Politik dürften es nicht bei der Anklage fehlender Wiedervereinigungsbereitschaft bewenden lassen, sondern müssten darüber hinaus dem Kurs der SED uneingeschränkt folgen. »Bürgerliche« Opponenten wie Heinemann oder Noack waren aber nicht willens, auf ihre demokratischen Forderungen gegenüber der DDR, namentlich auf das Verlangen nach freien gesamtdeutschen Wahlen, zu verzichten. Nur Außenseiter wie Joseph Wirth (der Ende 1951 in den Dienst der SED trat und danach unter ihrer Regie eine »bürgerliche« Oppositionsbewegung aufzuziehen suchte) waren dazu bereit. Personen solchen Zuschnitts entbehrten jedoch von allem Anfang an der Glaubwürdigkeit, die notwendig gewesen wäre, um die Gegner der Bonner Deutschland-Politik zu einer starken Gruppierung zu vereinen.

Ein weiteres ausschlaggebendes Hindernis für das östliche Vorgehen war, dass Bundeskanzler Adenauer und der Führer der sozialdemokratischen Oppositionspartei, Kurt Schumacher, ungeachtet aller sonst bestehenden Gegensätze, Kommunisten und Sowjetunion gleichermaßen als fremdbestimmende, dem nationalen Interesse widerstreitende Kräfte ablehnten. Der Plan Moskaus, die »beiden Arbeiterparteien« KPD und SPD zuerst zu einer gemeinsamen Front und dann zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen, ließ

sich in den Westzonen angesichts sozialdemokratischen Widerstandes nicht durchsetzen und scheiterte damit auf gesamtdeutscher Ebene; der Anschluss der SPD an die KPD kam nur in der Ostzone zustande, wo der UdSSR alle Mittel des Zwangs zu Gebote standen. Die SPD wurde zum schärfsten Widersacher der SED und trug wesentlich dazu bei, dass sich die »Arbeiterklasse«, die nach marxistisch-leninistischer Doktrin sowohl die entscheidende politische Kraft als auch die natürliche Stütze kommunistischer Macht bildete, in ihrer übergroßen Mehrheit dem östlichen Werben versagte. Die SPD war daher in sowjetischer Sicht eine bloße Scheinopposition, der von den »bürgerlichen« Machthabern die Funktion übertragen worden war, den Widerstand der »Arbeiterklasse« gegen die amtliche »imperialistische Politik« zu neutralisieren. Die praktische Schlussfolgerung lautete, es gelte, die SPD zu spalten und die »Schumacher-Leute« zu isolieren. Das Bemühen scheiterte jedoch schon in den ersten Anfängen.

Die Darstellung von Heike Amos stimmt mit anderen Forschungsergebnissen überein, die – ebenso wie ihre Studie – wesentlich auf Dokumenten aus dem früheren Zentralen Parteiarchiv der SED beruhen. Nur in einem Punkt ergibt sich eine Divergenz: Während beispielsweise Michael Lemke und Monika Kaiser nachweisen, dass die östlichen Bemühungen in der Bundesrepublik bereits im Winter 1949/50 intensiv einsetzten,² versichert Heike Amos, in den Monaten nach der DDR-Gründung habe sich die SED-Führung mit der Macht- und Herrschaftssicherung im Innern beschäftigt, so dass von Westarbeit »keine Rede« gewesen sei und das »gesamtdeutsche Engagement« weithin geruht habe.³ Nicht zuzustimmen ist auch der Auffassung der Autorin, der Gebrauch nationaler Parolen zeige eine politische »Kehrtwendung von 180 Grad« an, denn damit sei der proletarische Internationalismus – also das Bekenntnis zum Kommunismus – durch den deutschen Nationalismus ersetzt worden.⁴ Dabei wird die stets geltende Instruktion übersehen, nach welcher der nationale Kampf als besondere, den Umständen in Deutschland angepasste »Form des Klassenkampfes« anzusehen und zu praktizieren war. Das lief auf die Vorschrift hinaus, den Kampf um die staatliche Einheit zur Durchsetzung von Herrschaft und System des Kommunismus zu instrumentalisieren. Es war also kein Kurswechsel, sondern ein Manöver zur Täuschung eines Volkes, das in seiner großen Mehrheit sowjetische Verhältnisse ablehnte. Als irreführend

2 Michael LEMKE, *Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED in der Bundesrepublik 1949–1957*, in: Tilman MAYER (Hrsg.), *»Macht das Tor auf.« Jakob-Kaiser-Studien*, Berlin 1996, S. 176–180; Monika KAISER, *Wechsel von sowjetischer Besatzungspolitik zu sowjetischer Kontrolle? Sowjetische Einflussnahme und ostdeutsche Handlungsspielräume im Übergangsjahr von der SBZ zur DDR*, in: Michael LEMKE (Hrsg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*, Berlin 1999, S. 198–204.

3 H. AMOS, S. 50.

4 EBD., S. 20.

muss auch die Feststellung von Heike Amos gelten, die UdSSR sei in ihrer zweiten Deutschland-Note von 1952 »positiv auf die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen« eingegangen und habe lediglich deren Überwachung nicht der UNO, sondern einer Vier-Mächte-Kommission übertragen wollen:⁵ Die – nur unzureichend dargestellte – Auseinandersetzung über das Thema von Ende 1950 bis Anfang 1952 machen die innersowjetische Entstehungsgeschichte des »Angebots« vom 10. März 1952 und die Beratungen zwischen Stalin und der SED-Führung Anfang April unzweideutig klar, dass von irgendeiner Bereitschaft des Kreml zu Entgegenkommen keine Rede sein konnte.⁶

Schon im Sommer oder Herbst 1951 scheint die sowjetische Führung zu dem Schluss gekommen zu sein, dass die Kampagnen in der Bundesrepublik vorerst gescheitert waren. Die Einleitung des offenen und forcierten Übergangs zum Sozialismus in der DDR 1952 war – neben der Umgestaltung der militärischen »Bereitschaften« zur Koalitionsarmee und den Vorbereitungen zur Proklamierung »nationaler Streitkräfte« – die praktische Konsequenz der Einschätzung. Vor diesem Hintergrund mag es erstaunen, dass Moskau an der gesamtdeutschen Rhetorik und dem werbenden Bemühen um die westdeutsche Öffentlichkeit festhielt. Erklärlich wird das durch den Umstand, dass Stalin die Hoffnung auf einen politischen Durchbruch in Deutschland längerfristig nicht aufgegeben hatte. Er rechnete damit, dass es in der westlichen Welt zu einer tiefgreifenden Krise, insbesondere zu einem wechselseitig zerstörenden Krieg, kommen und dass diese Entwicklung dem Sowjetstaat die Oberhand verschaffen werde. Wenn bis dahin die Öffentlichkeit der Bundesrepublik davon überzeugt worden war, dass die UdSSR der Anwalt ihres Interesses an nationaler Einheit war, würde dies die Aussicht erhöhen, dass sich das Land gegen die USA wenden würde.⁷

Diese Annahme wurde erst nach dem Tod Stalins in Frage gestellt, als im Frühjahr 1953 die Lage in der DDR zunehmend kritisch wurde und schließlich in die Katastrophe des 17. Juni mündete. Nunmehr erhielt im Kreml die Konsolidierung des SED-Regimes oberste Priorität mit der Konsequenz einer Neigung zur Zwei-Staaten-Politik, die dann im Herbst 1955 zum vollen Durchbruch kam. Über diese Entwicklungen finden sich bei Heike Amos kaum Aufschlüsse und gelegentlich sogar irreführende Informationen. Das gilt etwa für die Angabe, mit dem Aufstand des 17. Juni habe »niemand gerechnet«:⁸ Zwar sah niemand in Ost und West voraus, zu welchen – spontan sich entwickelnden

5 EBD., S. 91 f.

6 Hierzu im einzelnen Gerhard WETTIG, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999, S. 200–222.

7 EBD., S. 222–234.

8 H. AMOS, S. 136.

– Geschehnissen es an diesem Tag kommen würde, doch war sich die sowjetische Führung seit spätestens Mai des Ernstes der Lage in der DDR bewusst und fürchtete, das dortige Regime könnte, wenn die Krise nicht abgefangen würde, in eine fatale Situation geraten. Ebendiese Sorge trieb sie dazu, der SED-Spitze einen – die Beschlüsse über eine Beschleunigung des »sozialistischen Aufbaus« vom Vorjahr revidierenden – »Neuen Kurs« aufzuzwingen und ihr die Ablösung Ulbrichts nahezulegen. Gerade das aber trug wesentlich dazu bei, dass die Krise offen ausbrach: Der allzu hastig durchgeführte Wechsel desorientierte die Kader und ließ zugleich die Bevölkerung auf eine völlige Wende hoffen.

Mit der Befestigung der Zweistaatlichkeit, die der Kreml 1955 durch Vereinbarungen mit beiden Staaten zum vorläufigen Abschluss brachte, vergrößerte sich der zuvor äußerst geringe Handlungsspielraum des SED-Regimes. Das scheint die Grundlage dafür gewesen zu sein, dass die DDR von da an ihrer Westarbeit den – 1954 noch wegen Moskauer Widerspruchs fallengelassenen⁹ – Gedanken einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten zugrunde legte. Die Propaganda suggerierte dabei, die staatliche Einheit sei unverändert das Ziel, doch diene die Vorstellung praktisch dem Zweck, den Anspruch auf internationale Anerkennung neben der Bundesrepublik zu begründen und die Zweistaatlichkeit bis auf weiteres zu befestigen. Zugleich wandelte sich das auf Westdeutschland zielende Vorgehen grundlegend. Hatten früher Massenmobilisierung und Fundamentalopposition im Zentrum des Bemühens gestanden, so lag der Schwerpunkt fortan auf subversiven Aktivitäten: Institutionen und Organisationen des »Operationsgebiets« wurden geheimdienstlich ausgespäht und unterwandert; wo immer man »besonders reaktionäre« Einrichtungen und/oder Personen am Werke sah, suchte man diese durch systematische Diffamierung und »Zersetzung« zu paralysieren, auszuschalten, einflusslos zu machen und/oder einzuschüchtern. In diesem Zusammenhang gehören zahlreiche Entführungen mit anschließenden drakonischen Maßnahmen gegen die Opfer. In großem Umfang wurden Stasi-Agenten eingeschleust und angeworben; verdeckte Einflussnahmen sollten westdeutsche Akteure auf proöstlichen Kurs bringen. Der Mauerbau 1961 bedeutete insofern eine Zäsur, als bestimmte Aktionen, insbesondere Entführungen, von da an größerer Mühe bedurften und daher weniger häufig wurden.

Insgesamt bietet die Studie von Heike Amos umfangreiche Informationen über verschiedene Varianten der Westarbeit der SED, fasst aus den ostdeutschen Archiven bekannt Gewordenes zusammen und fügt interessante Einzelheiten hinzu. Bestätigt wird etwa, dass sich der – scharf gegen Adenauers Deutschland-Politik Front machende – frühere CDU-Politiker Heinemann

⁹ Michael LEMKE, »Als Otto Grotewohl noch von der Einheit der deutschen Nation sprach« in: *Das Parlament*, 8/15. August 1997.

nicht von der SED politisch vereinnahmt ließ. Seine Gesamtdeutsche Volkspartei suchte aber um finanzielle Unterstützung durch die Ost-CDU nach – in der naiven Vorstellung, dass sie sich durch deren Hilfe aus materieller Abhängigkeit von der KPD (und damit von der SED) lösen könne. Zugleich gelang es dem MfS, Vertrauensleute in entscheidende Positionen der Partei zu platzieren und auf diese Weise unter anderem über jeden ihrer Schritte genau unterrichtet zu sein (was natürlich Einflussmöglichkeiten eröffnete).¹⁰ Aufschlüsse finden sich auch über den Fall Harich. Sehr detailliert ist die Darstellung des personellen und organisatorischen Aufbaus aller wichtigeren Apparate, die in die Westarbeit eingespannt waren. Verzeichnisse der verwendeten Werke, Archivquellen und Abkürzungen sowie ein Personenregister erleichtern die Benutzung des Buches.

Ein Mangel der Studie ist, dass, bedingt durch die alleinige Verwendung ostdeutscher Quellen, die – zumindest bis 1954/55 durchgängige – Steuerung der SED-Westpolitik durch die UdSSR unberücksichtigt bleibt. Dadurch wird das Bild vielfach verzerrt: Die östliche Besatzungsmacht sorgte nicht bloß für irgendeine vage »Leitorientierung«¹¹; die Bildung des MfS erfolgte nicht mit bloßer »Zustimmung der KPdSU-Führung«¹², sondern wurde auf Weisung des Kreml direkt von sowjetischen Experten durchgeführt.¹³ Noch mehr führt die Darstellung in die Irre, nach der Grotewohl am 15. September 1951 seinen Vorschlag einer »gesamtdeutschen Beratung« sogar selbst »initiiert« haben soll.¹⁴ Insgesamt entsteht beim Leser der völlig irrierte Eindruck, als handle es sich bei den verschiedenen Vorgängen der Westarbeit um Ergebnisse einer eigenständigen Politik, die nur locker in einen sowjetischen Rahmen eingefügt gewesen sei. In Wirklichkeit bestimmte, wie sich aus Moskauer Archivaldokumenten ergibt, die operative Anleitung der UdSSR, die bis Anfang 1954 oft bis in Formulierungsdetails ging.

Auf Grund umfassender Recherchen in den – freilich nur noch partiell verfügbaren – einschlägigen Gauck-Akten befasst sich Hubertus Knabe mit der »Unterwanderung« der Bundesrepublik durch MfS-Aktivitäten. Mit großer Eindringlichkeit stellt er dar, wie intensiv und konsequent die Stasi schon in der von Heike Amos betrachteten Frühphase von 1955/56 bis 1961 um die »Zersetzung« von Personen und Gruppen bemüht war, deren Wirken die SED-Führung für besonders gefährlich hielt, und zugleich den Einfluss jener Kräfte zu verstärken suchte, die bereit schienen, in der einen oder anderen Hinsicht

10 H. AMOS, S. 107–114.

11 EBD., AMOS, S. 107–114.

12 EBD., S. 37.

13 Monika TANTZSCHER, »In der Ostzone wird ein neuer Apparat aufgebaut«. *Die Gründung des DDR-Sicherheitsdienstes*, in: *Deutschland Archiv*, 1/1998, S. 48–51.

14 H. AMOS, S. 88.

gemeinsame Sache mit östlicher Politik zu machen.¹⁵ Das ostdeutsche Regime sah in der Bundesrepublik unwandelbar den Erzfeind, mit dem sie sich vorrangig auf konspirativ-subversive Weise auseinander setzte. Wie Hubertus Knabe und seine Mitautoren in einem der »West-Arbeit des MfS« gewidmeten Buch im einzelnen ausführen, folgte zunächst eine – bis Ende der fünfziger Jahre dauernde – Phase primärer Stasi-Ausrichtung auf den Kampf gegen diesen Widersacher (»Gesicht dem Westen zu«). In der anschließenden Periode ging es dem Staatssicherheitsdienst der DDR, der bis 1958 kaum etwas anderes als eine Filiale des sowjetischen KGB war und bis zum Ende eng an diesen gebunden blieb, um Vollendung der durch den Mauerbau eingeleiteten DDR-Politik der Abschirmung nach außen und um »Entlarvung des Bonner Staates«.

Als sich die Bundesrepublik in den siebziger Jahren zu einem Interessenausgleich mit der DDR bereit fand, sie als Partner im geteilten Deutschland akzeptierte, zu ihr ein auskömmliches wechselseitiges Verhältnis herzustellen suchte, die internationale Anerkennung freigab und auch geringe »menschliche Erleichterungen« mit finanziellen Leistungen honorierte, reagierte die SED-Führung keineswegs mit verringerter Feindseligkeit. Vielmehr verstärkte sie den Kampf, um den »Gefahren« – vor allem der Neigung zur Abschwächung von »Wachsamkeit« und Militanz im eigenen Lager – zu wehren, die sie generell mit der Entspannungssituation und speziell mit dem deutsch-deutschen Normalisierungsprozess heraufziehen sah. Das letzte DDR-Jahrzehnt stand im Zeichen des Bemühens, die politische Orientierung Bonns durch verdeckte Einwirkungen auf gesellschaftliche Kräfte grundlegend zu verändern: Zunächst war der »Friedenskampf« darauf ausgerichtet, der gegen die Rüstung des westlichen Bündnisses gerichteten Tendenz zum Siege zu verhelfen und damit der NATO eine entscheidende Niederlage zuzufügen. Nachdem dieser Versuch gescheitert war, suchte die SED-Führung durch Kollaboration mit dazu bereiten Kräften in der SPD und durch deren Stärkung gegenüber der CDU/CSU-geführten Bundesregierung (die weiterhin an Westorientierung und Wiedervereinigungsgebot festhielt) im geteilten Deutschland die Oberhand zu gewinnen.¹⁶

Wie hervorzuheben ist, unterschieden sich die auswärtigen Stasi-Aktivitäten grundlegend von der Art Auslandsaufklärung, die in demokratischen Ländern üblich ist. Es handelt sich dabei nicht nur darum, dass das MfS auch die Funktion einer Geheimpolizei hatte. Es nahm – nach Anweisungen der SED-Füh-

15 H, KNABE, *Unterwanderte Republik*, S. 15–43.

16 Damit verband sich die Bereitschaft, zugleich die offiziellen Beziehungen zur Bundesregierung zu pflegen und sogar weiter auszubauen, um das dringliche Interesse an materieller Unterstützung zu befriedigen. Deswegen kam es ab 1983/84 zu einem heftigen Konflikt mit dem Kreml, der im Sinne seiner damaligen Anti-NATO-Politik bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre einen durchgängig ablehnenden Kurs gegenüber Bonn forderte.

rung – sehr vielfältige Aufgaben wahr. Neben Feindaufklärung nach außen und Herrschaftssicherung nach innen war das Bemühen um Einschüchterung, Kontrolle, Beeinflussung und Steuerung auch auswärtiger Kräfte wesentlich. Die unterschiedlichen Modalitäten einerseits und innen- wie außengerichteten Anstrengungen andererseits waren allesamt untrennbar miteinander verbunden: Die verschiedenen Vorgehensbestandteile waren weder unterschiedlichen Organen bzw. Abteilungen zugewiesen, noch bildeten sie den Inhalt separater Maßnahmepläne. Alles gehörte stets als Teil eines einheitlichen Ganzen zusammen und wurde im Zusammenwirken aller Stasi-Kräfte genau aufeinander abgestimmt. Auch wirkten das MfS und die verschiedenen Stellen von Partei, Staat und Gesellschaft (einschließlich der Instrumentarien der »Nationalen Front«) zusammen.

Auch die Methoden und Ziele waren völlig anderer Art als in einer Demokratie. Die »aktiven Maßnahmen«, die – so wie die gleichzeitige Ausspähung – so ziemlich alle Lebensbereiche (wie staatliche Ressorts und Ämter, die Parteien, Gewerkschaften und andere Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Einrichtungen der DDR- und Osteuropa-Forschung und – nicht zuletzt – zahllose Wirtschaftsbetriebe) betrafen, waren nicht bloß auf die Beeinflussung von Personen, Gruppen und Institutionen ausgerichtet. Es ging auch um »operative Bearbeitung« in dem Sinne, dass MfS-Mitarbeiter als Führungskader eingeschleust, Vertreter unerwünschter Ansichten auf alle mögliche Weise diffamiert, »ersetzt«, erpresst und/oder verdrängt, Einflussagenten systematisch aufgebaut und unterstützt, Zwietracht und Spaltung in »Feindorgane« getragen, Skandale mit Hilfe ahnungsloser westlicher Medien inszeniert, Tarnorganisationen geschaffen, durch verdeckt abhängige Verlage und Publikationen öffentliche Meinungen produziert, Vorfälle nazistischen und antisemitischen Charakters arrangiert und – natürlich – Individuen wie Kollektive mit finanziellen Instrumenten gesteuert wurden. Diesen Bemühungen dienten sehr häufig nicht nur die Ergebnisse von Recherchen und Ausspähungen, sondern auch die Verwendung bzw. das Zuspälspielen präparierter und/oder fabrizierter »Dokumente« aus der Fälscherwerkstatt des MfS. Das Ziel war, die »Bearbeitungsobjekte« so weit wie möglich zu »durchdringen« (d.h. in die Hand zu bekommen), um sie der SED-Führung dienstbar zu machen. Der – gelegentlich annäherungsweise erreichte – Idealfall war, ursprünglich außerhalb der Reichweite Ost-Berliner Macht befindliche Institutionen bzw. Organisationen uneingeschränkt abhängig und damit instrumentierbar zu machen.¹⁷ Raffinierte psychologische Strategien (von denen die »Romeo«-Masche zu Anwerbung alleinstehender Frauen am bekanntesten geworden ist) wurden ausgearbeitet und mit äußerster Gründlichkeit angewendet, um Men-

¹⁷ Siehe exemplarisch die Infiltration des SDS in den sechziger Jahren: H. KNABE, *Unterwanderte Republik*, S. 182–210.

schen dem jeweils vorgesehenen Zweck gefügig zu machen. Insgesamt galt es, den Kampf zwischen den jeweils gerade als »fortschrittlich« bewerteten Kräften gegen die Vertreter »reaktionärer« Ansichten voranzutreiben sowie besonders »gefährliche« Gegner zu »entlarven« und zu »isolieren«.

Es wäre jedoch verfehlt, in den Fällen, in denen sehr große Erfolge erzielt wurden, den Grund dafür allein in den Fähigkeiten der Stasi zu suchen. Während der sechziger Jahre vollzog sich im westlichen Deutschland eine Hinwendung zu marxistischen Doktrinen, die zwar meist nicht orthodox-kommunistisch geprägt waren, aber dem Denken in Klassenkategorien, dem Glauben an eine »antifaschistische« Gemeinsamkeit der Linken gegen rechte »Reaktionäre« und einer Wertschätzung jeglicher Art von »Sozialismus« Vorschub leisteten. Das zerstörte den bisherigen antitotalitären Konsens der Bundesrepublik und ließ in den siebziger und achtziger Jahren bei manchen linken Politikern die Neigung zu »Bündnissen« auch mit kommunistischen Kräften entstehen. Erfolgreiche Anknüpfungen setzten weithin eine bereits vorhandene Bereitschaft bei den Adressaten voraus. Die Aktualisierung latenter Dispositionen durch das MfS war aber nicht bedeutungslos: Beeinflussung, Manipulation und Auftrag gaben der vagen Neigung erst die operative Ausrichtung im Sinne der DDR-Führung.

Ein Beispiel dafür bietet die Arbeit mit Kollaborateuren und Agenten im protestantischen Umfeld. Die Kirchen waren für die »Organe« (wie man die Staatssicherheitsorganisationen im sowjetischen Imperium auch nannte) von Anfang an besonders interessant: Sie waren weltanschauliche Konkurrenten der Partei, boten als das einzige autonome Netzwerk in der DDR »inneren Feinden« potentiellen Rückhalt und stellten in der westdeutschen Gesellschaft ausnutzbare Machtfaktoren dar. Unter dem Einfluss von Martin Niemöller (dessen zunehmende Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der östlichen Seite dokumentiert wird¹⁸) und Karl Barth, die beide die Botschaft des Evangeliums dem Geltungsanspruch zwar des NS-Regimes, nicht aber der SED-Diktatur entgegenhielten, erschien die kommunistische Herausforderung manchen deutschen Protestanten in theologischer wie praktischer Hinsicht gering oder gar nicht-existent. Dazu kam das verbreitete Bewusstsein, die Kirche habe sowohl in der »Arbeiterfrage« als auch angesichts des Nationalsozialismus versagt und müsse diese Versäumnisse wiedergutmachen. Dem Marxismus wurde oft zugute gehalten, er habe sich, wenn auch in nicht ganz richtiger Weise, um eine Lösung der Probleme bemüht; seine Anhänger hätten sich zudem durch ein klares Bekenntnis zum »Antifaschismus« ausgezeichnet. Hubertus Knabe beurteilt das Resultat wie folgt: »Der Schock über die Naziverbrechen mündete in ein Schuldgefühl, das merkwürdig narzisstische Züge trug, weil

18 EBD., S. 255–257.

es die ›Singularität‹ der eigenen Verbrechen zum Maßstab aller Dinge machte und andere Formen totalitärer Herrschaft ignorierte.« Demgemäß stellte sich eine »direkte Kausalitätsbeziehung zwischen der zwölfjährigen Herrschaft der Nationalsozialisten und der staatlichen Zerstückelung Deutschlands her«. Das ließ die Teilung als eine »ebenso zwangsläufige wie gerechtfertigte Folge der Hitler-Diktatur« erscheinen, »die den Deutschen als irreversible Folge ihrer Untaten [von Gott] auferlegt sei.«¹⁹

Bei aller Fähigkeit, sich vorteilhafter Situationen zu bedienen, stand aber das MfS zuweilen auch dem eigenen Erfolg im Wege. Das war vor allem dann der Fall, wenn gegenüber westlichen Sympathisanten Argwohn bestand und folglich auf deren Seite ein besonders raffiniertes feindliches Kalkül vermutet wurde. Offerten von Kollaborationswilligen erschienen beispielsweise suspekt, wenn die Anbieter nach amtlicher Einschätzung »objektive Feinde« waren, denen keine positive Einstellung zugetraut werden konnte. Ob der Autor da von »Verfolgungswahn« sprechen sollte, erscheint fraglich – sofern man darunter nicht die Neigung verstehen will, überall jede nur vorstellbare Gefahr zu sehen und sich bietende politische Chancen weithin zu verkennen. Das Vorgehen des DDR-Staatssicherheitsdienstes wurde auch dadurch geprägt, dass er ein Produkt der Stalin-Zeit war und in dieser formativen Periode habituelles Misstrauen erlernt hatte. Das MfS neigte daher über das allgemeine geheimdienstliche Maß hinaus dazu, fremden Versicherungen nicht zu glauben. Es entsprach dieser gewohnheitsmäßigen Haltung, dass selbst zuverlässigste Agenten und Kollaboranten laufend ausgespäht wurden.

Hubertus Knabe gibt detaillierten Einblick sowohl in das Organisationsgefüge, die Arbeitsweise und die Aufgabengebiete des MfS²⁰ als auch in typische Operationen, bevorzugte Zielgruppen und enttarnte Agentenfälle.²¹ Interessant sind auch einige Informationen über Herbert Wehner. Der 1958 in die Bundesrepublik übergetretene, dort von dem SPD-Politiker aufgenommen und mit ihm in vertraulichem Gedankenaustausch stehende ostdeutsche Kommunist Kurt Vieweg bescheinigte nach der Rückkehr seinem westdeutschen Gastgeber eine weithin positive Einstellung gegenüber der DDR. Das stieß freilich beim MfS auf Unglauben. Später bereitete es eine Diffamierungskampagne vor, die jedoch abgeblasen wurde, nachdem sich Honecker und Wehner in Gesprächen persönlich nahe gekommen waren.²²

19 EBD., S. 295. Als Beispiel einer praktischen Konsequenz siehe die Vorgänge in der Evangelischen Akademie zu West-Berlin. EBD., S. 287–296.

20 Diese Untersuchungsbereiche bilden die Schwerpunkte des Buches *West-Arbeit des MfS*.

21 Darstellungen und Angaben hierzu (einschließlich zweier Personenregister mit Klarnamen bzw. Decknamen sowie einem – freilich fast ausschließlich auf deutsche Werktitel beschränkten – Literaturverzeichnis) finden sich überwiegend in dem Buch *Die unterwanderte Republik*.

22 H. AMOS, S. 216–226; H. KNABE, *Die unterwanderte Republik*, S. 153–181.

Generell liegt eine Schwierigkeit darin, dass die Stasi bei ihrer Auflösung 1990 systematisch alle Dokumente über ihre Westarbeit zu vernichten suchte. Auch wenn – in Beständen anderer Dienstseinheiten als Markus Wolfs HVA und in Akten anderen Themas (z.B. in Opferakten) – einschlägiges Material erhalten blieb, ist die bisher erschlossene Überlieferung äußerst lückenhaft. Wann und wo das MfS die Hand im Spiel hatte, ist nur zu einem kleineren Teil festzustellen. Nicht einmal über die Zahl der »Inoffiziellen Mitarbeiter« in den westlichen Gebieten Deutschlands besteht Klarheit; auf Grund von Hochrechnungen wird von der Existenz von 20.000 bis 30.000 derartiger Agenten ausgegangen. Wegen der Aktenvernichtung liegen viele Stasi-Aktionen völlig im Dunkeln, während andere nur aus Maßnahmeplänen, dem Output der Agenten (meist nur partiell) und/oder nur begrenzt zuverlässigen rückblickenden Aussagen Beteiligten bekannt sind. Das Vorgehen des MfS insgesamt lässt sich somit nur an Hand von Beispielen beurteilen, und soweit Einzelfälle belegt sind, erstreckt sich das Wissen in der Regel allein auf Abläufe, so dass die Wirkung auf den umfangreichen politischen Prozess kaum abzuschätzen ist. Nur in Ausnahmefällen geht die bisher aus Gauck-Akten gewonnene Kenntnis darüber hinaus: Das gilt für die Agententätigkeit in West-Berlin Ende der fünfziger Jahre, als der antikommunistische SPD-Spitzenpolitiker Schwenicke durch systematische Hetze und fabrizierte »Beweise« jedes Einflusses beraubt wurde,²³ oder für Guillaumes Aktivität in der südhessischen SPD, wo es ihm mit östlicher Unterstützung im Unterbezirk Frankfurt am Main 1964 gelang, den SED-feindlichen Geschäftsführer durch eine Serie diskreditierender Presseartikel aus dem Weg zu räumen, sich an dessen Stelle zu setzen und so eine politische Wende im gesamten seither konstant linkslastigen Parteibezirk Hessen-Süd einzuleiten.²⁴ Durch glückliche Umstände blieben auch Akten erhalten, die Aufschlüsse über die Kontakte zwischen Stasi und SED-Spitze einerseits und den Grünen andererseits in den achtziger Jahren und über die Wirkungen der damit verbundenen östlichen Einflußnahmen geben.²⁵ Relativ gut ist das Wirken des MfS auf dem politischen Schauplatz West-Berlin während der siebziger und achtziger Jahren dokumentiert.²⁶

Hubertus Knabe setzt sich mit der Frage auseinander, wie weit das MfS, auf's Ganze gesehen, mit seinen Ausforschungs-, Infiltrations- und Beeinflussungsbemühungen Erfolg gehabt hat. Wie er ausführt, könnte man daraus, dass nicht die DDR, sondern die Bundesrepublik schließlich die Oberhand in Deutschland gewonnen hat, rückblickend den Schluss ziehen, dass nur wenig Wirkung erzielt worden sei. Dem stellt er die Überlegung entgegen, dass sich das SED-Regime

23 EBD., S. 20–23.

24 EBD., S. 45.

25 EBD., S. 71–88.

26 EBD., S. 88–103.

angesichts seiner zahlreichen, vor allem auch inneren Schwächen (verbreitete Ablehnung durch die eigene Bevölkerung, wachsender wirtschaftlich-technischer Rückstand) doch recht lange gehalten habe. Dagegen lässt sich freilich einwenden, dass diese Tatsache entscheidend auf den Umstand zurückzuführen ist, dass die UdSSR bis Ende der achtziger Jahre mit der »Breshnew-Doktrin« (die der Sache nach bereits vorher existierte und in der DDR schon anlässlich des 17. Juni 1953 praktiziert wurde) die Aufrechterhaltung der kommunistischen Herrschaft gegen alle inneren und äußeren Herausforderungen gewährleistete: Als der Krenl in der inneren Krise vom Herbst 1989 nicht mehr zum rettenden Eingreifen bereit war, brach das Regime zusammen. Die bisher erarbeiteten Mosaiksteinchen des Wissens über die Stasi deuten darauf hin, dass deren Westarbeit insgesamt effizient gewesen sein muss: Sie nutzte nicht allein die Vorteile, die ein diktatorisches, sich gegen öffentliche Einflussnahme und öffentlichen Einblick abschirmendes Regime der konspirativen Tätigkeit ihr bot, sondern auch die Schwächen, die das »bearbeitete« demokratische Gemeinwesen wegen systembedingt fehlender Steuer- und Kontrollmöglichkeiten aufwies.

Die Führungen in Moskau und Ost-Berlin wurden durch die Anerkennung der DDR und die Spannungsbereitschaft des Westens seit Beginn der siebziger Jahre nicht dazu bewogen, ihre fundamentale Feindseligkeit und die daraus resultierenden subversiven Anstrengungen aufzugeben. Im Gegenteil: Es hieß nunmehr, die »friedliche Koexistenz« – das kommunistische Korrelat zur Entspannung – sei eine »besondere Form des [antiwestlichen] Klassenkampfes«, mit denen sich der westliche Antagonist dem zu seinen Ungunsten veränderten Kräfteverhältnis anzupassen suche und die wegen der damit verbundenen Täuschungsabsicht als ausgesprochen raffiniert und gefährlich zu gelten habe. Die »Kräfte des Fortschritts und des Friedens« müssten daher den Kampf mit verstärktem Nachdruck und erhöhter Intensität fortführen.

Nach leninistischer Auffassung war dabei auch kein prinzipieller Gewaltverzicht angebracht. Der Gebrauch von Gewalt wurde unter bestimmten Umständen und in künftigen Phasen der weltpolitischen Entwicklung als unerlässlich betrachtet, denn der »Klassenfeind« werde am Ende nicht kapitulieren, ohne vorher zu allen verfügbaren Mitteln der Gegenwehr gegriffen zu haben. Zwar war angesichts der nuklearen Abschreckung und des damit verbundenen Vernichtungsrisikos auch für die eigene Seite das – von Stalin lebenslang aufrechterhaltene – Postulat der kriegerischen Beendigung des Ost-West-Konflikts fragwürdig geworden. Doch da der Krenl am Ziel des »Sozialismus im Weltmaßstab« festhielt und dessen Preisgabe als Verrat am historischen Auftrag ansah, musste der Kampf mit allen denkbarenweise erforderlichen werdenden Mitteln – also gegebenenfalls auch mit bewaffneten Aktionen – fortgesetzt werden. Es galt aber, Wege zu finden, wie man die Abschreckung der NATO unterlaufen konnte, um, wenn es notwendig erscheinen würde, alle Mittel bis hin zu bewaffneter Gewalt einsetzen zu können.

Diesem Zweck dienten die »Prinzipien der friedlichen Koexistenz«, die in Moskau als *Maxime* formuliert wurden. Ihr Kern war, dass sie – also das Gebot friedlichen Konfliktaustrags – in den »Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung« gelten sollten. Damit wurde implizit die Gewalt für alle anderen Arten der internationalen Beziehungen freigegeben: Bei Konflikten zwischen Staaten des gleichen Systems und Lagers (etwa bei der Militärintervention in der Tschechoslowakei 1968 oder im hypothetischen Fall von Kämpfen zwischen westlichen Staaten) und bei innerstaatlichen Auseinandersetzungen (»nationalen Befreiungskriegen« innerhalb zerbrechender westlicher Kolonialreiche bzw. prowestlich regierter Drittwelt-Länder und »Bürgerbefreiungskriegen« nach »revolutionären« Entwicklungen in NATO-Ländern) sah sich der Kreml nicht zu friedlichem Verhalten verpflichtet. Stets handelte es sich dabei nicht um den Fall, auf den die Vorkehrungen der NATO abgestellt waren: den Angriff fremder Streitkräfte auf einen Bundesgenossen. Darum konnte die Abschreckung die westlichen Länder nicht vor den Formen der Gewalt schützen, die in Moskau für entspannungsverträglich erklärt wurden. Diese Einschränkungen des – vom Westen als allgemeingültig unterstellten – Kriegsverhinderungsgebots dienten somit dem Zweck, Optionen des kriegerischen Gewaltgebrauchs offen zu halten. Das sollte freilich vor dem Westen möglichst verborgen bleiben. Parolen der Entspannung, des Friedens und der Abrüstung sollten das Programm des innerwestlichen Kampfes verschleiern. Zugleich ging es darum, die Politik namentlich der USA und der NATO als gegen diese Grundsätze gerichtet zu »entlarven«.

Durch ihre vergleichsweise lockeren, liberalen Strukturen boten die demokratischen Staaten – wie für die geheimdienstliche Durchdringung durch Agenten der kommunistischen Diktatur – auch für Einwirkungen im gesellschaftlichen Raum geeignete Ansatzpunkte. In kritischen Zeiten konnten daraus akute Gefahren für den Westen erwachsen. Das bezeugen nicht nur die Resultate des Bemühens um verdeckte Einflussnahme und Ausspähung, wie sie nach dem Ende des Kalten Krieges an vielen nationalen und internationalen Schaltstellen aufgedeckt wurden. Deutlich wird dies auch in der Studie von Thomas Auerbach über die Vorbereitungen des MfS (in Zusammenwirken mit dem KGB) für Terror- und Sabotageakte, die eine erhoffte kritische Zuspitzung der Lage in Westdeutschland zur politischen und/oder militärischen Katastrophe steigern sollten: Nicht zufällig fallen die ersten Ansätze in das Jahr 1953, als der innere Zusammenbruch der DDR die sowjetische Hoffnung auf Gewinnung der Westdeutschen für die eigene Sache langfristig zweifelhaft machte. Soweit die verfügbaren Gauck-Akten erkennen lassen, ging das MfS nach weiterer Desillusionierung systematisch an die Arbeit, als im Zusammenhang mit dem Mauerbau der Glaube an die Wettbewerbsfähigkeit der DDR gegenüber der Bundesrepublik unter der Bedingung offener Grenzen abhanden gekommen war: 1963 wurden die ersten Beschlüsse und Planungen formuliert,

auf die westdeutschen Verhältnisse in großem Ausmaß durch gezielte Akte der Gewalt einzuwirken, wenn dies durch die Umstände möglich und geboten erschiene. Als Voraussetzung für ein derartiges Eingreifen sollte zumindest die »Vorstufe einer revolutionären Situation« vorliegen. Dazu konnte es nach östlicher Einschätzung schon bei »relativ friedlichen Verhältnissen«, im Falle einer tiefgreifenden »Krise im Operationsgebiet«, auf Grund einer »Spannungsperiode« vor einem Ost-West-Krieg und als Folge eines Kriegsausbruchs kommen.

Für den Einsatzfall sahen die Planungen des MfS den Gebrauch aller nur denkbaren Arten von Gewalt vor. Dazu gehörten nicht nur Sabotage und Terror, Entführung, Mord und Erpressung, die Ausschaltung – gegebenenfalls auch Inbesitznahme – von Schaltzentralen, Kommunikations- und Versorgungseinrichtungen. Auch Maßnahmen wie die Vergiftung von Lebensmitteln und Trinkwasser oder Anschläge auf Kernkraftwerke standen auf dem Programm. Es war von »konspirativem Hinterhalt« und »tödlichem Nahkampf« die Rede. Als Zentralbegriffe nennen die Quellen das »Vernichten« von Sachen und das »Ausschalten« oder »Liquidieren« von Personen (worunter die Herbeiführung von Handlungsunfähigkeit auf die eine oder andere Art bis hin zum Töten bzw. die unter allen Umständen vorzunehmende physische Vernichtung zu verstehen waren). Alles wurde – auf Grund von Ausspähergebnissen speziell eingesetzter MfS-Agenten – detailliert ausgearbeitet, wie überlieferte Objektlisten und Verfahrenspläne belegen; sorgfältig angelegte Ausbildungsgänge für jede spezielle Vorgehensweise und die seit 1967 in der DDR durchgeführten Übungen fügten praktische Erfahrung hinzu; die mit Hilfe ostdeutscher Instruktoren und Berater vorgenommenen Anwendungen in »Befreiungskämpfen« der Dritten Welt ermöglichte Wirkungskontrollen. Das in der Bundesrepublik angestrebte Ziel war, Angst und Schrecken, Verwirrung und Desorganisation, Verunsicherung und Demoralisation zu verbreiten, um so die Abwehrkräfte zu lähmen und allgemeine Gefügigkeit zu erzeugen.

Da die SED-Führung die Westgrenzen ihres Herrschaftsgebiets durch aufwendige Maßnahmen abgeriegelt hatte, wurde viel Scharfsinn auf die Lösung des Problems verwandt, wie Personal und Ausrüstung nach Westen zu bringen seien. Im Kriegsfall sah man die geringsten Schwierigkeiten: Dann erschienen vor allem Fallschirmabsprünge zweckmäßig. Da man aber insbesondere bei noch »relativ friedlichen Verhältnissen« und bei einer sich erst andeutenden Krise der Bundesrepublik Aufsehen vermeiden wollte, richtete sich die Aufmerksamkeit auch auf Methoden unbemerkter Grenzschleusung. Zudem hatte das MfS bereits Kader vor Ort: »Patrioten« aus dem Umfeld der einheimischen, aber vollständig von Ost-Berlin aus gelenkten kommunistischen Partei, der DKP, hatten in der DDR entsprechende Ausbildung, Instruktion und Ausrüstung erhalten. Insgesamt vermittelt das Buch von Thomas Auerbach, das neben einer zusammenfassenden Analyse auch Dokumente enthält, ein

klares und eindrückliches Bild des Vorgehens, das in der Bundesrepublik vor-gesehen war.

Besonders aufschlussreich ist, dass sich die dargestellten Eventualplanun-gen des MfS (das bis zum Ende der DDR entscheidend vom KGB und damit von der sowjetischen Politik beeinflusst wurde) auf den Fall nicht nur des Krie-ges gegen die NATO, sondern auch einer inneren Krise in der Bundesrepublik bezogen. Während der Kreml, wie bereits erwähnt, den militärischen Konflikt wegen des damit verbundenen nuklearen Risikos zu vermeiden suchte, war der Ausbruch einer innerstaatlichen Krise in Westdeutschland seit langem ein Wunschbild der Führungen in Moskau und Ost-Berlin. Das Konzept Stalins, der »Imperialismus« solle sich am besten selbst durch innere »Widersprüche« (d.h. in Gewalt übergehende Auseinandersetzungen) zu Grunde richten und so die Voraussetzungen für den Sieg der UdSSR schaffen, wurde in neuer Form wieder aufgelegt. Dafür war auch nach außen hin die neue Definition des »antiimperialistischen Bündnisses« ein untrügliches, freilich seinerzeit kaum beachtetes Indiz. Nachdem bis 1944/45 nur die internationale kommunistische Bewegung als »Verbündeter« des Kreml im Kampf gegen den »Im-perialismus«, d. h. gegen den Westen, gegolten hatte, waren nach dem Krieg die »Volksdemokratien« im Osten Europas und in der Chruschtschow-Zeit die »nationalen Befreiungsbewegungen« in der Dritten Welt hinzugekommen. Das Novum der siebziger Jahre war, dass nunmehr auch die »Kräfte des Fort-schritts« in den westlichen Ländern zu »Verbündeten« erklärt wurden. Sie soll-ten ebenso wie die bisherigen Kampfgenossen mithelfen, die Westmächte zu Fall zu bringen. Nachdem diese Kombination keine ausreichende Durch-schlagskraft entfaltet hatte, richteten sich die Hoffnungen auf fundamental-oppositionelle Gruppen in den »imperialistischen« Ländern, unter anderem auf die verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung. Es wurde zu einem zentralen Bestreben der östlichen Seite, deren Widerstand gegen die Vertei-digungs- und Abschreckungspolitik der NATO zu verstärken und gleichzeitig gegen das Rüsten im Warschauer Pakt gerichtete Bestrebungen abzublocken.

In der Sicht des Kreml kam von vornherein nichts anderes in Betracht, als die Kräfte, die als politische Hilfsvölker dienen sollten, sowjetischer Regie zu unterstellen. Es war darum vorgesehen, dass die kommunistische Partei des Landes Anleitung und Kontrolle der »Verbündeten« übernahm. Das Vorgehen war im internen Verständnis integrierender Bestandteil des Programms der kommunistischen Bewegung, dessen Ausarbeitung auf dem Parteientreffen in Moskau 1969 beschlossen und anschließend durchgeführt worden war.²⁷ Als gegnerischer Frontstaat, der zudem für die Aufrechterhaltung der atlantischen Allianz, der amerikanischen Europa-Präsenz und damit zugleich der westli-

27 V.V. ZAGLADIN (glavnyj redaktor), *Meždunarodnoe kommunističeskoe dvičenie*, Moskau 1970.

chen Abschreckung unerlässlich war, spielte die Bundesrepublik von Anfang an eine entscheidende Rolle in den Überlegungen. In diesem Zusammenhang war es äußerst wichtig, dass dort 1968 die Basis für eine legale politische Tätigkeit wiedergewonnen worden war, den KPdSU und SED mit dem KPD-Verbot von 1956 verloren hatten. Nachdem die SPD durch eine Koalition mit der CDU/CSU an der Macht in Bonn beteiligt worden war, hatte sie über die italienischen Kommunisten sondiert, ob die sowjetische Führung grundsätzlich willens sei, die scharfen Spannungen zwischen beiden Staaten auszuräumen. Der Kreml hatte daraufhin seine Bereitschaft für den Fall erklärt, dass die westdeutsche Seite erstens das 1956 verfügte Verbot der kommunistischen Partei aufhebe, zweitens die Ausgrenzung der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften beende und drittens auf weiteren »ideologischen Kampf« verzichte. Mit der Drohung, andernfalls das Regierungsbündnis zu verlassen, hatten die Sozialdemokraten anschließend die Legalisierung der kommunistischen Tätigkeit durchgesetzt. Daraufhin war die DKP zugelassen worden.²⁸

Die sowjetischen Bemühungen um eine politische Offensive innerhalb der westeuropäischen Länder sind von Michael Ploetz untersucht worden. Der Kreml ließ sich bei den internen Überlegungen von der Vorstellung leiten, die Entspannung dürfe nicht in einen Gegensatz zu den »Interessen der revolutionären Bewegung« geraten. Sie wurde daher als »verschärfter Klassenkampf« definiert, der »auf verschiedenen Ebenen mit verschiedenen Mitteln geführt« werde. Dass man dem Ringen die Form der Entspannung gebe, diene dem Zweck, »bessere Kampfbedingungen« zu erlangen. Der Entspannungsprozess erschien als ein dazu geeignetes Mittel: Er erlaubte es den sozialistischen Staaten, sich den technischen Fortschritt des Westens zunutze zu machen, er verbesserte die Durchsetzungschancen für die »revolutionären Kräfte« des »antiimperialistischen Kampfes« in aller Welt und zwang die westlichen Politiker zum Eingehen auf sowjetische Vorstellungen. Erklärtermaßen ging es den östlichen Akteuren vor allem darum, dass das Erfordernis, der westlichen Seite keinen Anlass zum Nuklearkrieg zu bieten, deren Feinde nicht am Einsatz aller Kampfformen einschließlich bewaffneten Vorgehens zur Verän-

²⁸ Vgl. Heinz TIMMERMANN, *Im Vorfeld der neuen Ostpolitik*, in: *Osteuropa*, 6/1971, S. 390–397. Die hier hinzugefügte Spezifizierung der Bedingungen geht auf eine Aussage von Konteradmiral a.D. Günter Poser vom 26. Juni 1997 zurück, der als Berichterstatter des MAD an der fraglichen Kabinettsitzung teilnahm und danach Einblick in die Hintergründe des Zulassungsbeschlusses erhielt. Auch in Kontakten, durch die Bundeskanzler Kiesinger die Möglichkeit einer Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR sondieren ließ, hatte die sowjetische Seite auf »Zulassung der KPD« als dringlichster Voraussetzung bestanden: Vgl. Günter BUCHSTAB, *Geheimdiplomatie zwischen zwei bequemen Lösungen. Zur Ost- und Deutschlandpolitik Kiesingers*, in: *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992, S. 898 f. Weitere Aufschlüsse sind von einer Untersuchung des Dreiecksverhältnisses SED-PCI-SPD zu erwarten, an der Johannes Lill arbeitet.

derung bestehender Zustände, d.h. zur Zurückdrängung von Macht und System des Westens, hindern durfte, soweit dies jeweils richtig erscheinen würde. Es galt, eine derartige Asymmetrie der Kampfbedingungen dauerhaft durchzusetzen und unumkehrbar zu machen.²⁹

Dieses Konzept blieb freilich im Kreise der Kommunisten nicht unumstritten. Vor allem die – in ihrem Lande sehr starke – italienische Partei entschied sich zu Anfang der siebziger Jahre, nur die Option eines gewaltfreien Übergang zum Sozialismus – den Weg der Wahlen und des Parlamentarismus – gelten zu lassen. Das stieß in Moskau auf heftige Kritik, ebenso das Eintreten der IKP für ein militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West, das, wie es im Kreml tadelnd hieß, die politische Nutzung militärischer Potentiale von vornherein ausschloss. Dem wurde der – auch den französischen Kommunisten gemachte – Vorwurf hinzugefügt, auf die »Diktatur des Proletariats« verzichtet zu haben. Auf Wahlergebnisse aber, so hieß es in Moskau, könne man keine Hoffnung setzen. Die Option des Einsatzes von Gewalt war seitens des Kreml vor allem in zweierlei Hinsicht vorgesehen: Wenn sich günstige Aussichten boten, sollten innerstaatliche Auseinandersetzungen im Westen mit Gewalt entschieden werden können, und zugleich erschien es zweckmäßig, das Drohpotential der sowjetischen Militärmaschine nicht von vornherein zu paralysieren.³⁰ Diese Angaben von Ploetz aus ostdeutschen Parteidokumenten werden durch Notizen bestätigt und ergänzt, die Wassilij Mitrochin, ein mit der Ordnung des Zentralarchivs betrauter Mitarbeiter des KGB, zwölf Jahre lang systematisch angefertigt hat, um die Außen- und Nachwelt über dessen Machenschaften zu unterrichten.³¹

Die Durchführung des sowjetischen Programms wurde durch das Ausschereen maßgeblicher westeuropäischer Parteien ernstlich behindert: Gerade diejenigen Genossen wirkten nicht mit, die am meisten zum innerstaatlichen Kampf in Westeuropa beizutragen vermochten. Wie sich vor allem aus Mitrochins Informationen ergibt, hatten IKP und FKP je eigene Gründe für ihre Abweichungen. Die italienische Parteiführung hatte Anfang der siebziger Jahre die Sorge, dass ein von rechten Kräften inszenierter Putsch im Lande drohe,

29 Michael PLOETZ, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*, S. 121–129.

30 Den Ausführungen liegen zugrunde: Michael PLOETZ, *Honeckers Siegeszuversicht. Die marxistisch-leninistische Strategie im Friedenskampf der frühen achtziger Jahre*, in: *Deutschland Archiv*, 6/1998, S. 947–961; ein Vortrag von Michael Ploetz Ende 1999 »NATO and the WTO at the Time of the Euromissile Crisis, 1975 to 1985«; Ausführungen desselben Autors vom 6. Nov. 1999 auf der Otzenhausener Jahrestagung der DDR-Forscher über den »Friedenskampf« der Jahre 1975–1984.

31 Christopher ANDREW/Vasili MITROKHIN, *The Mitrokhin Archive*, S. 383–399. Das Buch präsentiert wesentliche Angaben aus Aufzeichnungen (insgesamt 30.000 Akten), die Mitrochin als verantwortlicher Registrator im Zentralarchiv des KGB-Auslandsdienstes von 1972 bis 1984 unter großer persönlicher Gefahr systematisch angefertigt hat, um der Außen- und Nachwelt Kenntnis von dessen Operationen zu geben.

der die Mitgliedschaft der Verfolgung aussetze, die Kader in den Untergrund treibe und alle erreichten Erfolge zunichte mache. Um auf diese Eventualität vorbereitet zu sein, ließ sie sich zunächst von der UdSSR mit Sendekapazitäten und anderen Hilfsmitteln ausstatten, die den Kontakt unter den Kadern – und damit die Fortsetzung ihrer Tätigkeit – auch in der Illegalität erlauben würden. Die – durch den Sturz Allendes 1973 noch gesteigerten – Ängste führten aber nicht zu einer hart antiwestlichen Linie, sondern zum Gegenteil: Die IKP suchte Rückhalt bei den demokratischen Kräften und wollte diesen ihre Vertrauenswürdigkeit beweisen. Sie schwor nicht nur der Gewalt, sondern auch den außerparlamentarischen Methoden insgesamt ab.

Der Konflikt verschärfte sich, als die IKP die NATO ausdrücklich als Beschützerin ihrer Selbständigkeit gegenüber Moskau akzeptierte, und erreichte 1978 seinen Höhepunkt bei der Entführung und Ermordung von Staatspräsident Aldo Moro durch die Roten Brigaden, als die römische Parteispitze befürchtete, die – natürlich nicht ohne Willen und Wissen der UdSSR erfolgte – Unterstützung dieser Terrororganisation durch den tschechoslowakischen Geheimdienst werde entdeckt und dann auch ihr zur Last gelegt werden. Der zunehmende politische Gegensatz bewog die Sowjetunion erstaunlicherweise nicht dazu, die umfangreichen Zahlungen an die IKP einzustellen. Dem Sonderweg der französischen Kommunisten scheint primär zugrunde gelegen zu haben, dass die Partei ihre stets bewiesene Unterordnung schlecht belohnt sah, als der Kreml seine Gunst den Gaullisten zuwandte, die ihm als Störenfriede in der NATO nützlich schienen. Der Konflikt verlor Ende der siebziger Jahre an Schärfe; die FKP orientierte sich – anders als die italienischen und spanischen Genossen – wieder mehr an der sowjetischen Linie.

Der Kremführung bot sich eine unverhoffte Gelegenheit, ihr Ziele mittels »Friedenskampf« im Westen zu verfolgen, als die NATO-Staaten, durch den forcierten SS-20-Aufwuchs in der UdSSR aufgeschreckt, sie vor die Wahl zwischen Rüstungsverzicht Gegenstationierung zu stellen suchten. Sie konnte eine grundlegende Schwäche der westlichen Position nutzen: Die sozialdemokratischen Regierungschefs, die den Anstoß gegeben hatten, Helmut Schmidt und James Callaghan, waren – aus prinzipieller Überzeugung wie innerparteilicher Rücksicht – einer Ausführung der Drohung völlig abgeneigt. Das Konzept des NATO-»Doppelbeschlusses« vom 12. Dezember 1979 war ihnen durch Präsident Carter aufgenötigt worden, der nicht auf das Verlangen eingegangen war, das SS-20-Problem durch Einbeziehung in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über strategische Rüstungsbegrenzung (SALT) zu lösen, und auf einer separaten »eurostrategischen« Abmachung bestanden hatte, die durch Androhung einer »Nachrüstung« auf europäischem Boden erreicht werden sollte.

In linken Kreisen Westeuropas, vor allem des – für den Fortbestand der NATO entscheidenden – Frontstaates Bundesrepublik, argwöhnte man, den USA gehe es von vornherein nur um die Stationierung – ein Eindruck, der

sich nach dem Amtsantritt von Präsident Reagan im Januar 1981 noch verstärkte. Die Existenz dieses Misstrauens machte es doppelt fraglich, ob Schmidt die Stationierungsoption innenpolitisch durchsetzen konnte, wenn ein Nein aus Moskau dies erfordern würde. Auch gab es, wieder vor allem in Westdeutschland mit einem Schwerpunkt in der Hauptregierungspartei, der SPD, starke Kräfte, die jedes Rüsten für friedensgefährdend hielten, auch wenn es gegnerisches Vorgehen erwiderte und der Wiederherstellung des Gleichgewichts diene. Angesichts dessen konnte die sowjetische Führung sicher sein, dass die atlantische Allianz in ein Dilemma geraten würde, wenn ihre Rechnung nicht aufging, die SS-20 mittels Gegenandrohung »wegzuverhandeln«. Das Bemühen um Mobilisierung westlicher »Massen« gegen das Stationierungsvorhaben und gegen das atlantische Bündnis bot gute Aussicht auf Erfolg. Um die Wirkung solchen Vorgehens zu maximieren, war zweierlei erforderlich: Die Sowjetunion durfte zwar der NATO keine annehmbare Regelung anbieten, die sie aus dem Dilemma zu befreien geeignet war, musste aber zugleich in der Öffentlichkeit den Eindruck schaffen, als sei sie zu jedem zumutbaren Rüstungsverzicht bereit, damit sich der Vorwurf sinnlosen Rüstens gegen den Westen richtete. Dieses Drama wurde in den Jahren von 1980 bis 1983 wirkungsvoll inszeniert.

Aus der Sicht des Kreml ging es allem Anschein nach nicht nur um Wahrnehmung einer Chance, sondern auch um Abwehr einer Gefahr. Den Aufzeichnungen Mitrochins zufolge waren führende Moskauer Politiker in autosuggestiven Sorgen um die militärische Sicherheit befangen, KPdSU-Generalsekretär Breshnew und KGB-Vorsitzender Andropow äußerten auf einer Konferenz der Auslandsaufklärung im Mai 1981 die Überzeugung, die USA bereiteten einen nuklearen Erstschlag vor, um die UdSSR auszuschalten. Die im Westen tätigen Mitarbeiter erhielten Anweisung, den Text des vermuteten Planes zu beschaffen. Zwar zweifelten die KGB-Agenten ganz überwiegend an dessen Existenz, wagten aber nicht, das offen auszusprechen. Manche suchten sogar ihren Oberen durch konstruierte Indizien zu gefallen. Das hierarchische Milieu des sowjetischen Geheimdienstes setzte einen Teufelskreis von Verdächtigungen in Gang, die den Frieden gefährdeten, weil sie zu Akten vermeintlicher Prävention führen konnten. Erst Gorbatschow machte damit Schluss.³²

Die sowjetischen Akteure übten, vor allem über die Transmissionsstränge der DKP (deren Kader ihre politische Identität möglichst wenig zu erkennen gaben) und Stasi (die seit jeher verdeckt vorgehen gewohnt war), während der Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluss Einfluss auf die verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung in Westeuropa aus. Es ging vor allem darum, in den für die eventuelle Stationierung vorgesehenen Ländern –

32 Christopher ANDREW/Vasili MITROKHIN, *The Mitrokhin Archive*, S. 278 f., 565 f.

in der Bundesrepublik, in den Benelux-Ländern, in Großbritannien und in Italien – einen machtvollen Widerstand zu mobilisieren, der die angedrohte Aufstellung der Gegenraketen illusorisch machen würde. Entscheidende Wichtigkeit kam dabei Westdeutschland zu, denn es war klar, dass die NATO ohne dessen Beteiligung ihr Programm nicht verwirklichen konnte. Auch waren die Erfolgsaussichten dort und in den Niederlanden am günstigsten, während in der britischen Öffentlichkeit zwar auch mit deutlicher Opposition, nicht aber mit einem politischen Durchbruch zu rechnen war. Größere Ergebnisse in Italien waren nicht zu erwarten, weil dort die Kommunisten abseits standen, die in den anderen Ländern ausschlaggebende Unterstützung boten.

Es gelang der östlichen Seite niemals, die westdeutschen Friedensgruppen unter Kontrolle zu bringen. Durch den Einsatz zuverlässiger DKP-Kader (so des früheren Wehrmachtsobersten Weber) und »Inoffizieller [MfS-]Mitarbeiter« (etwa Dirk Schneider und Klaus Croissant) drückte sie jedoch wichtigen Vorgängen und Entscheidungen ihren Stempel auf, verschaffte nicht selten dem zu konfliktfreiem Zusammenwirken mit der DDR bereiten Teil der Grünen (um Antje Vollmer, Otto Schily und anderen) die Oberhand und neutralisierte auf weite Strecken das Wirken autonomer Kräfte (wie Petra Kelly, Milan Horáček oder Lukas Beckmann).³³ Zudem bestand bereits dadurch eine Asymmetrie zugunsten der UdSSR, dass die Massendemonstrationen gegen den »Rüstungswahnsinn« allein in westlichen Ländern stattfanden und die dortigen Regierungen unter Druck setzten, während es im sowjetischen Imperium ruhig blieb. Der in der DDR ansatzweise auftretende analoge Protest wurde unterdrückt oder, soweit stellenweise schon erreichte Publizität zunächst Rücksichten auf den Eindruck in westlichen Friedenskreisen angebracht erscheinen ließ, zumindest geduckt und auf engste Kreise beschränkt, bis die Zeit zur vollen Repression gekommen war. Zeitweilig sah es so aus, als würde die Bundesrepublik – und damit zugleich die NATO – die Herausforderung nicht überstehen. Die Regierung Schmidt zerbrach im Oktober 1982, als ihr die SPD mit großer Mehrheit die Gefolgschaft in der Stationierungsfrage aufkündigte, und es erschien fraglich, ob das an ihre Stelle tretende Kabinett Kohl–Genscher dem öffentlichen Druck standhalten würde, als Ende 1983 mit der Gegenstationierung Ernst gemacht werden sollte. Nur der Mut, mit dem

33 Michael PLOETZ, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*, S. 139–146, 156–232; Michael PLOETZ, *Honeckers Siegeszuversicht. Die marxistisch-leninistische Strategie im Friedenskampf der frühen achtziger Jahre*, in: *Deutschland-Archiv*, 6/1998, S. 947–961; Udo BARON, *Die Deutschlandpolitik der Grünen und das MfS*, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 11 (1999), S. 47–78. Schon vor der Öffnung östlicher Archive waren wichtige Entwicklungslinien in Umrissen erkennbar geworden: Wolfgang RUDZIO, *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1988; Gerhard WETTIG, *High Road, Low Road. Diplomacy and Public Action in Soviet Foreign Policy*, Washington/D.C. 1989.

die Bonner Verantwortlichen den NATO-Beschluss gegen den unwiderstehlich erscheinenden Anti-Raketen-Protest durchsetzten, rettete die Allianz vor einer Niederlage, die sie möglicherweise nicht überlebt hätte. Die sowjetische Führung hatte damit offensichtlich nicht gerechnet und reagierte mit Konfusion: Sie wusste mehrere Monate lang nicht, wie sie auf die unerwartete Situation reagieren sollte. Mit der Stationierung der Raketen trotz allen Widerstandes war auch die Kraft der Friedensbewegung erschöpft. Im Rückblick erscheint der »Friedenskampf« der frühen achtziger Jahre als letzter Versuch des Kreml, die politische Offensive gegen den Westen an sich zu ziehen und die atlantische Allianz auszuhebeln. Das Scheitern dieses Bemühens verhinderte, dass das sowjetische Imperium seine Existenz durch Erweiterung seiner äußeren Macht künstlich verlängern konnte. Wie Michael Ploetz in seinem Buch darlegt, setzten nunmehr Entwicklungen ein, die – wie etwa der sich verschärfende Konflikt zwischen der UdSSR und der DDR oder das wirtschaftlich motivierte Abrücken des Kreml von der »Breshnew-Doktrin« – den endgültigen Zusammenbruch einleiteten.